



Berufsbildung und Menschen mit Behinderung

Laut eigener Schätzung (basierend auf den Zahlen des Bundesamtes für Statistik zur Wohnbevölkerung) befinden sich derzeit ca. 50 000–75 000 junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren mit Behinderung im Übergang in die Berufsbildung und das Erwerbsleben. Diese Übergangsphase stellt für junge Menschen eine grosse Herausforderung dar; für behinderte Jugendliche ist sie jedoch im besonderen Masse je nach Art und Schwere der Behinderung mit zusätzlichen Schwierigkeiten verbunden.

Die ersten Hürden bahnen sich bereits in der vorschulischen sowie in der obligatorischen Schulzeit an, und nach der obligatorischen Schulzeit stossen behinderte Jugendliche weiterhin auf Hindernisse: So zeigen sich zum Beispiel in vielen Lehrbetrieben Ängste und Unsicherheiten im Umgang mit behinderten Menschen; man findet sie gar abstossend, scheut den Kontakt mit ihnen und möchte vermeiden, dass u.U. Kundinnen und Kunden wegen des Aussehens und «fremdartigen Auftretens» irritiert sind. Psychisch behinderte Jugendliche werden oft als «weniger brauchbar» stigmatisiert. Zudem befürchten die Unternehmen zusätzliche Kosten und Aufwendungen für notwendige infrastrukturelle und organisatorische Anpassungen. Dies führt zu Benachteiligungen und gar Diskriminierungen bei der Anstellung, während der Ausbildung und bei der Kündigung.

Damit Jugendliche mit Behinderung gleichberechtigt am Berufsbildungsmarkt teilnehmen können, braucht es griffige rechtliche Rahmenbedingungen sowie eine angepasste Umsetzungsstrategie für den vorschulischen, den obligatorischen und den beruflichen Bildungsweg.